

Juristen laufen Sturm gegen neue Rechtschreibung

von Joachim Peter und Dankwart Guratzsch

Berlin - Im Streit um die neue Rechtschreibung haben führende deutsche Rechtswissenschaftler die Rücknahme der Reform gefordert. Außerdem verlangen sie von den Ministerpräsidenten der Länder, die Kultusminister von der Verantwortung für die Rechtschreibung zu entbinden. Der Berliner Verfassungsrechtler Rupert Scholz plädiert überdies dafür, daß sich Bundesregierung und Bundestag mit der Sache befassen. "Bundesregierung und Bundestag müssen sich dieser Frage annehmen, weil sie die Zuständigkeit dafür haben", sagte Scholz der WELT. Schließlich sei "Rechtschreibung Sprache und damit nationales Kulturgut und eben nicht nur ein Bereich landespolitischer Kulturhoheit oder schulischer Ausbildung". Daraus erwachse für den Bund eine wesentliche Zuständigkeit. "Der Bund sollte sich nun mit der Ministerpräsidentenkonferenz auf ein Ende dieser gescheiterten Reformbemühungen verständigen", sagte der Verfassungsrechtler.

Weitere 60 führende Rechtswissenschaftler wandten sich unterdessen in einem Schreiben an die Ministerpräsidenten und riefen diese dazu auf, von ihrer Richtlinienkompetenz Gebrauch zu machen. Die von dem Münchner Rechtsanwalt Johannes Wasmuth koordinierte Initiative beruft sich auf eine Petition, die Juristen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz bereits im Februar 2004 an den Deutschen Bundestag, die deutschen Landtage sowie die Nationalräte Österreichs und der Schweiz gerichtet hatten. Darin war verlangt worden, "das Projekt Rechtschreibreform umgehend zu beenden". Entsprechend fordern die Juristen jetzt die Ministerpräsidenten auf, "die Kultusverwaltungen anzuweisen, sämtliche Maßnahmen zur Umsetzung der Rechtschreibreform zurückzuziehen". In dem Brief zitieren die Rechtsprofessoren den früheren bayerischen Kultusminister Hans Zehetmaier (CSU) mit den Worten: "Wir hätten die Rechtschreibreform nicht machen sollen. Aus heutiger Sicht und noch deutlicherer Kenntnis der deutschen Wesensart würde ich die Sache heute ganz zum Scheitern bringen."

Die Kultusministerkonferenz (KMK) hatte vor wenigen Tagen angekündigt, trotz des Protests die neuen Schreibweisen ab August 2005 verbindlich zu machen. Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) erklärte derweil in der gestrigen Ausgabe der Frankfurter Allgemeinen Zeitung die Rechtschreibreform für "gescheitert". Auch er insistierte, die Zuständigkeit der Kultusminister für die Rechtschreibung zu beenden und der Ministerpräsidentenkonferenz zu übertragen.

Artikel erschienen in der Zeitung 'WELT' am 30. Juni 2004